

P/XVII, 255

Bonn, den 20. Dezember 1962

Wir veröffentlichen in dieser Ausgabe:

<u>Seite</u>		<u>Zeilen</u>
1 - 2	<u>NATO-Konferenz und Bundesregierung</u> Vor Hans Harten, MdB Stellvertretender Vorsitzender des Verteidigungs-Ausschusses	96
3 - 4	<u>Weltoffen und weltumspannend</u> Zum Abschluß der ersten Phase des Vatikanischer Konzils Von Peter Hellen, MdB	84
5	<u>Hassel-Quiz in Kiel</u> Wer wird Ministerpräsident ?	18
5	<u>Moskauer Überraschungen</u> Wiederaufnahme von atomaren Testversuchen	34
6 - 7	<u>Parlament in "distanzierter Harmonie"</u> Nach Krach weitgehende Übereinstimmung Von unserem Korrespondenten in Wien, Karl Franta	69

Chefredakteur Günter Markscheffel

NATO-Konferenz und Bundesregierung

Von Hans Merter, MdB

Stellvertretender Vorsitzender des Verteidigungs-Ausschusses

Es wäre sicher zuviel verlangt, das Schlußkommuniqué der Pariser Konferenz des Atlantik-Rates als sehr aufschlußreich zu bezeichnen. Längst Beschlossenes wird wiederholt und "Entscheidungen" festgelegt, die keine sind. Es war zu erwarten, daß in ein derartiges Kommuniqué Dinge hineininterpretiert werden, die nicht darin stehen und die auf Grund der vorausgegangenen Verhandlungen auch nicht darin stehen konnten. Wenn eine Konferenz der Nordatlantik-Staaten mitten in den Prozeß des strategischen Umdenkens hineinfällt, erwartet auch schließlich niemand, daß hier schon Entscheidungen vorweggenommen werden, die erst am Ende des Umdenkens stehen können.

Eines aber geht klar aus diesem sehr vorsichtig formulierten Kommuniqué hervor, daß insbesondere auch aus den Erfahrungen der Kuba-Krise in Zukunft der Verstärkung der konventionellen Streitkräfte der Verbündeten entscheidende Bedeutung zukommt. Unüberhörbar hat die amerikanische Forderung in diesem Kommuniqué ihren Niederschlag gefunden, daß einige der atlantischen Vertragspartner die konventionelle Verstärkung ihrer Streitkräfte sträflich vernachlässigt haben und daß hier ein Wandel erwartet werden muß, wenn nicht eine für alle lebensgefährliche Lücke in der westlichen Verteidigung entstehen soll. Es ist kein Geheimnis, daß sich diese Forderung an die Adresse Englands und Frankreichs richtet.

* * *

Aber auch aus deutscher Sicht kann nicht verheimlicht werden, daß damit der bisherigen Verteidigungspolitik der Bundesregierung eine klare Absage erteilt worden ist. In Punkt 9 des Pariser Kommuniqués heißt es, daß man sich über die Notwendigkeit einig war, die Wirksamkeit der konventionellen Streitkräfte zu erhöhen. Es heißt dann weiter, daß angemessene und in einem ausgewogenen Verhältnis zueinander stehende nukleare wie auch konventionelle Streitkräfte notwendig sind, damit das Bündnis jeder gegen seine Sicherheit gerichteten Bedrohung mit einem möglichst breiten Spektrum von Gegenmaßnahmen gegenüber treten kann.

Da nun die in amerikanischen Besitz befindlichen und teilweise auch dem NATO-Oberkommando unterstellten nuklearen Streitkräfte den Zweck der Abschreckung eines atomar gerüsteten Gegners voll auf genügend, kann dieser Satz die Notwendigkeit stärkerer konventioneller Streitkräfte nur unterstreichen.

* * *

Die Bundesregierung behauptet demgegenüber, die deutschen Truppenverbände seien bei einer atomaren Aggression schutzlos oder benachteiligt. Daraus sprechen doch ganz erhebliche Zweifel gegenüber der Wirksamkeit des NATO-Bündnisses im Ernstfall. Noch deutlicher gesagt: es spricht daraus ein tiefes Mißtrauen gegenüber den Vereinigten Staaten, ob sie im Ernstfall auch wirklich von ihrer atomaren Abschreckungskraft Gebrauch machen.

Dieses Mißtrauen ist völlig unverständlich: die Vereinigten Staaten haben dazu niemals Veranlassung gegeben. Präsident Kennedy hat in seiner letzten Fernsehsendung genau diesen Punkt getroffen, als er sagte: "Wie soll Sicherheit geschaffen werden, wenn es zehn Atomkräfte gibt, die ihre Waffen bei unterschiedlichen Umständen abzufeuern bereit sind?"

Das Bulletin der Bundesregierung geht aber über dieses Mißtrauen hinaus zu massiven Drohungen gegen die Vereinigten Staaten über. Wenn nicht möglichst bald den europäischen NATO-Ländern Mittelstreckenraketen zur Verfügung gestellt werden, müsse eine Alternative geprüft werden. Mit anderen Worten: sollen - nach der Meinung des Bulletins - dann die Europäer auch gegen den Willen der Amerikaner eine eigene Atomkraft aufbauen?

Die Drohungen gehen aber noch weiter. Das Bulletin glaubt, daß, wenn nicht möglichst bald eine "multinationale" Regelung für die Atomwaffen-ausrüstung gefunden wird, eine Lockerung des Zusammenhalts zwischen Amerika und Europa eintreten müsse. - Klarer kann man es gar nicht sagen. Wenn sich also die Amerikaner aus wohlerwogenen und berechtigten Gründen nicht den Wünschen einiger europäischer Partner zu fügen gedenken, dann wird auch ohne amerikanische Zustimmung Europa sich atomar selbständig machen.

- * Hier wird mit aller Robustheit einer Schwächung der NATO das Wort gesprochen und eine Spannung zu der führenden NATO-Macht Amerika geschaffen, nur um eine strategische Konzeption zu retten, die sich in den letzten Jahren als falsch herausgestellt hat.

Will man etwa einen eigenen europäischen atomaren Krieg gegen die Sowjetunion führen, auch dann, wenn die Amerikaner das nicht für richtig halten? Oder will man die Amerikaner bei einer atomaren Auseinandersetzung mit der Sowjetunion im Stich lassen?

Infolge der mangelhaften konventionellen Ausrüstung der NATO in Europa mußte man bisher den Sowjets erlauben, Schritt für Schritt in Europa Entscheidungen zu treffen, die jeweils begrenzte Gebiete betrafen, von denen die Sowjets sich vorher ausrechnen konnten, daß sie der Gegenseite einen Atomkrieg nicht wert waren. Die einseitige strategische Planung ausschließlich auf die atomare Abschreckung hin, führte naturgemäß dazu, daß nur eine sehr starre, aber keine elastische Politik betrieben werden konnte. Es gebührt den Amerikanern Dank, daß gerade sie als führende Atomkraft das rechtzeitig erkannt haben, und von daher verdient die Forderung der Amerikaner nach Verstärkung der konventionellen Rüstung in Europa die Unterstützung der europäischen Pakt-Staaten.

Ange-sichts der atomaren Stärke der Vereinigten Staaten müssen Ausgaben europäischer Länder für Entwicklung einer atomaren Rüstung als Fehlinvestitionen bezeichnet werden. Durch den Einsatz der hierfür vorgesehenen Mittel auf dem Gebiet der konventionellen Ausrüstung der Streitkräfte könnte bereits den amerikanischen Forderungen weitgehend Rechnung getragen werden. Weiterhin könnten die vorhandenen Mittel wesentlich wirtschaftlicher eingesetzt werden, wenn an Stelle nationaler wirtschaftlicher Interessen eine gemeinsame Forderung, Entwicklung und Produktion konventioneller Ausrüstung mit den USA zustande käme. Aber auch hier ist man trotz allem amerikanischen Drängen und trotz aller amerikanischen Angebote über schwache Ansätze nicht hinausgekommen. Nicht die Verstärkung der konventionellen Ausrüstung, sondern die sinnlosen Anstrengungen in Richtung auf eine eigene europäische atomare Abschreckungsmacht gefährden die Stabilität der wirtschaftlichen Verhältnisse und das westliche Bündnis selbst.

An die Stelle des ständigen Widerspruchs und der europäischen Passivität sollte eine engere Zusammenarbeit mit der unbestrittenen Führungsmacht, den Vereinigten Staaten, treten, die die bisherigen Opfer dieses Verbündeten rechtfertigt und würdigt.

Welttoffen und weltumspannend

Zum Abschluß der ersten Phase des Vatikanischen Konzils

Von Peter Nellen, MdB.

Der erste Zeitabschnitt des zweiten Vatikanischen Konzils ist zu Ende gegangen. Die weit über zweitausend Bischöfe kehren an ihre Sitze in aller Welt zurück, zum Teil besuchen sie noch immer interessante Länder, unter anderem auch die Bundesrepublik und Berlin. Die einzigartige Begegnung der katholischen Kirchenführer wird auf diese Weise fortgesetzt und Kontakte werden verstärkt.

Was bedeutet die offizielle Feststellung, von Mitte September bis zum 8. Dezember sei schon manche Frucht herangereift? Zuerst einmal ist diese Zusammenkunft der gesamten Bischöfe der universalen Kirche, die außerordentliche Lebendigkeit ihrer Zusammenarbeit und Auseinandersetzung an und für sich schon von größter Bedeutung. Es verschieben sich die Gewichte von einem starken, zentralistischen Einfluß der römischen Kurie auf die Selbständigkeit und Zusammenarbeit der regionalen und nationalen Episkopate. Darin kommt die große vom Papst und den Konzilsvätern nicht nur ins Auge gefasste, sondern praktisch angegangene Aufgabe, die katholische Kirche über ihren traditionellen abendländischen Charakter hinaus zur tatsächlichen Universalität zu führen, klar zum Ausdruck. Vor allem die jungen Kirchen Afrikas und Asiens melden sich. Lateinamerika hat ebenfalls einen besorgniserregenden Nachholbedarf anzumelden. Gerade darauf hat Johannes XXIII. mit größtem Nachdruck und in einer ungewohnt realistischen Weise hingewiesen. Die katholische Kirche weiß, daß sie sich dort mit unhaltbaren gesellschaftlichen Zuständen, wirtschaftlicher und kultureller Unterentwicklung auseinandersetzen hat. Wenn sie überhaupt in den Entwicklungsländern die von ihr ins Auge gefasste Hilfe leisten will, kann sie das nur in engster Anpassung an die jeweiligen Verhältnisse.

Damit sind wir aber schon bei der wichtigen zentralen Frage, wie sich die Kirche versteht und organisiert. Bei aller Betonung der Einheit der katholischen Kirche im römischen Papsttum wird die Stellung der Bischöfe als der ordentlichen Hirten ihrer Diözesen und höchstwahrscheinlich die Bedeutung nationaler Bischofskonferenzen mit vielfältigen neuen Zuständigkeiten genauer umschrieben und festgelegt werden. Dabei ist die stärkere Bedeutung der Landessprache auch innerhalb der offiziellen lateinischen Liturgie beachtlich.

* * *

In den wichtigen Fragen des Glaubens und der Offenbarungsquellen, Schrift und kirchlicher Überlieferung, sah sich das Konzil den eindrucksvollen Fortschritten der theologischen Wissenschaft, vor allem der Bibelkunde und Bibelauslegung - auch im nichtkatholischen Raum -, gegenübergestellt. Es hat zu prüfen begonnen, wieviel davon ohne Freigabe des Dogmas aufgenommen und verarbeitet werden kann. Hier kam es zu ebenso erstaunlichen wie erfreulichen Auseinandersetzungen zwischen den beiden Richtungen, die man etwas ungenau, aber doch zutreffend als "konservativ" und "fortschrittlich" bezeichnen kann. Erwartungsgemäß erwiesen sich namhafte Mitglieder der römischen Zentrale als stärkere Ver-

fechter eines konservativen Standpunktes. Sie mußten die bisher schärfsten Auseinandersetzungen in Kauf nehmen. Ein sehr glückliches und verständiges Eingreifen des Papstes selbst hat diese Frage einer neugebildeten Kommission zur weiteren Bearbeitung in der Zwischenzeit überwiesen. Dort wird der deutsche Kurienkardinal Bea mit seinem hervorragend eingearbeiteten Stab wichtige Arbeit leisten.

Die zu erarbeitenden Vorlagen (Schemata) sollen besonders auch unter dem Gesichtspunkt der Ökumene formuliert werden. Manche Punkte der katholischen Marienverehrung, die sich vielfach mit den theologischen Auffassungen der orthodoxen Kirche deckt, werden ausgeglichener und abgewogener formuliert werden und damit Entwicklungen der letzten hundert Jahre klären.

* * *

Wie so oft bei großen Kirchenversammlungen sind auch die Ereignisse am Rande von nicht zu unterschätzender Bedeutung. Johannes XXIII. hat geschlossene Gruppen von Bischöfen einzelner Kontinente und Länder in bemerkenswerten Audienzen um sich versammelt. Die Bischöfe der deutschsprachigen Länder haben eine hervorragende Aufnahme gefunden. In den Kardinälen Frings, Köln, Döpfner, München, König, Wien, besitzen sie bedeutende Repräsentanten. Die Aktivität der deutschen Katholiken, vor allem ihr Einsatz in den Unterstützungsaktionen für die Entwicklungshilfe und für die Kirche in Lateinamerika, fand die vollste Anerkennung des Papstes.

Bemerkenswert ist, daß der polnische Episkopat, zwanzig Bischöfe unter Führung von Kardinal Wyszynski, dreimal vom Papst empfangen wurde. Das ist schon deswegen verständlich, weil man diesen Bischöfen nicht bestreiten kann, daß sie von der Not und dem Glanz des Bekannertums gezeichnet und umstrahlt sind. Es erhebt sich hier natürlich auch die Frage nach der Oder-Neisse-Linie. Es darf als sicher gelten, daß der Vatikan seine herkömmliche Politik, neue Staatsgrenzen erst nach dem Abschluß international anerkannter Verträge auch seinerseits anzuerkennen, und erst dann neue Grenzen kirchlicher Verwaltungsbezirke (Diözesen) zu ziehen, nicht ändern wird. Es gehört nicht zu den Aufgaben des Konzils, darüber zu entscheiden. Es ist aber ernsthaft und realistisch zu fragen, ob die Diözesen jenseits der Oder-Neisse-Linie vom deutschen Standpunkt aus immer "verwaist" bleiben oder vom polnischen Standpunkt aus durch inzwischen bestellte polnische Bischöfe für die weitere Zukunft "vorübergehend" verwaltet werden sollen. Befugte und sachkundige Sprecher schlossen die Möglichkeit nicht aus, daß diese zum Teil neu errichteten Diözesen in den unter polnischer Verwaltung stehenden Ostgebieten doch vielleicht "neu besetzt" würden, wobei bei der derzeitigen politischen Lage nur eine Besetzung mit polnischen Bischöfen möglich sei.

* * *

Große Sorgen bereiteten die Nachrichten über eine ernste Erkrankung des Papstes. Auch im Hinblick auf das Konzil sind sie von Bedeutung. Es ist nicht zu leugnen, daß Johannes XXIII. nicht nur der Initiator, sondern auch eine ungewöhnlich stark inspirierende Kraft dieses Konzils darstellt. Er hat es bis jetzt wesentlich geprägt und ihm, soweit das überhaupt einer Einzelpersonlichkeit möglich ist, den Geist eines weltweiten Verstehens, besorgter Aufgeschlossenheit und der Liebe zur gesamten Familie der Menschheit vermittelt.

+ + +

Hassel-Quiz in Kiel

sp - Auf eine originelle Art sucht Schleswig-Holsteins Ministerpräsident Kai Uwe von Hassel einen Nachfolger. Da es viele Bewerber für diesen Posten gibt, und der noch antretende MP keinen seiner Parteifreunde verletzen möchte, - man kann nie wissen; vielleicht braucht man sie noch einmal - versucht Kai Uwe von Hassel die Parteigremien der CDU im nördlichsten Bundesland mit Hilfe eines geheimen Testverfahrens zu einer möglichst klaren Entscheidung zu bringen. Die Mitglieder aller Führungsgremien der CDU erhielten ein Brieflein mit der Bitte, auf einem Bogen in geschlossenem Kuvert und ohne Namensangabe den Namen zu vermerken, dessen Träger dem Empfänger der ministerpräsidentiellen Umfrage als Nachfolger des scheidenden Landesvaters am würdigsten erscheint. Für Kai Uwe von Hassel soll den am häufigsten genannten Namen schon Kernsch. Er will den Kronprinzen aber erst bekanntgeben, wenn er genau weiss, wann er seinen neuen Posten in Bonn übernimmt.

Ein Vorschlag in Güte an Dr. Adenauer: Wie wäre es, wenn der Herr Bundeskanzler seinen Nachfolger durch ein ähnliches Quizverfahren ermitteln liesse? Als Quizmaster empfehlen wir den allseits beliebten Lou van Burg.

+ + +

Koskauer Überraschungen

sp - Die Hoffnung, es würde sich im Anschluss an die Liquidation der Kubakrise eine größere sowjetische Bereitschaft ergeben nun auch in den lebenswichtigen Fragen der Abrüstung entgegenkommen zu zeigen, scheint leider nicht in Erfüllung zu gehen. Im Gegenteil, Koskau hat mit der Wiederaufnahme von atomaren Testversuchen über den Eisbüsten des nördlichen Eismeers mit einer neuen, von niemanden erwarteten Überraschung auf die angestrengten Bemühungen der Vereinigten Staaten, wenigstens in dieser Kernfrage zu tragbaren Teilabkommen zu gelangen, geantwortet. Dies geschah zu einem Zeitpunkt, als der zähe sowjetische Unterhändler bei der Genfer Abrüstungskonferenz wiederum ein unbefristetes Moratorium, gültig vom 1. Januar nächsten Jahres an verlangte. Ein solches Moratorium hat es schon einmal gegeben, es waren die Sowjets, die es durchbrachen. Die Schockwirkung dieses Vertrauensbruches hält heute noch an. Keine amerikanische Regierung wäre in der Lage, auf ein solch unsicheres nur von Gutwillen abhängiges Unternehmen noch einmal einzugehen. - Was hinter den neuen Atomexplosionen steckt, ist nicht recht ersichtlich. Steht dahinter die Entschlossenheit, in einem ungehemmten atomaren Rüstungswettlauf mit den Vereinigten Staaten einzutreten? Ohne Zweifel, haben hier die USA den längeren Atem. Diese Rechnung kann bei dem Zustand der sowjetischen Wirtschaft, den ein Chruschtschow am weitesten und lautesten beklagte, nicht aufgehen. Oder ist es eine Demonstration gegen die amerikanische Insistenz auf ein Mindestmaß von Kontrolle bei einem allseits vereinbarten Abkommen - jedweder nuklearer Testversuche? - Um diese Kontrolle drehen sich die Gespräche zwischen Ost und West seit vielen Jahren. Im Prinzip liegt zwar eine sowjetische Zustimmung vor, doch kommt es zu Ausarbeitung von Modalitäten, dann zeigen sich die Sowjets kompromisslos, sie sagen nein. Im besten Falle wären sie bereit sich selbst zu kontrollieren, eine für die Vereinigten Staaten, nach allem, was an Treuebrüchen und Täuschungsversuchen - siehe Kuba - vorausgesetzte starke Zumutung. - So geht die Genfer Abrüstungskonferenz in die Weihnachtsferien ohne das geringste Resultat und ohne greifbare Hoffnung für die Zukunft - es wäre denn, die Männer des Kreml würden sich in der Zwischenzeit überlegen, ausgetretene, in die Sackgasse führende Pfade zu verlassen.

+ + +

Parlament in "distanzierter Harmonie"

Von unserem Korrespondenten in Wien, Karl Franta

Während die Parteienverhandlungen um die Neubildung einer österreichischen Bundesregierung noch immer ohne die geringste Aussicht auf eine Birigung verlaufen, ist der am 18. November neugewählte Nationalrat zu seiner konstituierenden Sitzung zusammengetreten. Diese erste Parlamentssitzung verlief, wie die "Arbeiter-Zeitung" bemerkte, "in distanzierter Harmonie". Tatsächlich war zwischen den Abgeordneten der beiden bisherigen Koalitionsparteien eine weitgehende Übereinstimmung zu verzeichnen, die um so erstaunlicher ist als die Gegensätze bei den Regierungsverhandlungen derzeit noch unüberbrückbar erscheinen.

Entgegen den Absichten der ÖVP-"Reformer" wurde jedenfalls die erste Nationalratssitzung zu einer "Demonstration der Zusammenarbeitsbereitschaft". Zunächst wurden - in geheimer Wahl - die drei Präsidenten des Nationalrates gewählt: Erster Präsident ist wieder Dr. Alfred Maleta, ÖVP, und dritter Präsident wieder Josef Wallner, gleichfalls ÖVP. Die Sozialisten nominierten einen neuen zweiten Präsidenten, und zwar den bisherigen Verkehrsminister Dipl.-Ing. Karl Waldbrunner. Die Abstimmung ergab, daß die beiden großen Parteien einhellig für die jeweiligen Kandidaten gestimmt haben.

Noch eindrucksvoller auf loyale Zusammenarbeit gerichtet war die erste legislative Tat des neugewählten Parlaments, nämlich die Verlängerung der Novelle zum Arbeitslosenversicherungsgesetz bis Ende April 1963. Es handelt sich dabei um folgendes:

Vor etwas mehr als einem Jahr wurde im Zuge einer wesentlichen Verbesserung des Rentenrechtes der Pensionsversicherungsbeitrag der Arbeitgeber und Arbeitnehmer zu entrichten haben, erhöht. Zum Ausgleich für die dadurch entstandene Mehrbelastung wurde mit einer bis Ende 1962 befristeten Gesetzesnovelle der Arbeitslosenversicherungsbeitrag von 3 auf 2 Prozent herabgesetzt. Ab 1. Januar 1963 hätte nun dieser Beitrag wieder 3 Prozent betragen sollen, wobei die Differenz von 1 Prozent je zur Hälfte die Arbeitgeber und Arbeitnehmer belastet hätte.

Die SPÖ sprach sich angesichts der mit großen Opfern verbundenen Bemühungen um eine Stabilisierung der Währung und Kaufkraft gegen diese Mehrbelastung aus, die ÖVP bestand jedoch auf der Erhöhung. Etwas später erklärte sich die ÖVP doch dazu bereit, den Arbeitslosenbeitrag, der infolge der Vollbeschäftigung ohnehin zu einem zusätzlichen jährlichen Überschuss von 150 Millionen Schilling geführt hätte, auf 2 Prozent zu belassen, wollte dafür aber den Pensionsversicherungsbeitrag um 1 Prozent erhöht haben - ein wahres ÖVP-Danaergeschenk! Der Arbeitslosenbeitrag wird nämlich nur bis zu einer Einkommensgrenze von monatlich 2400 Schilling prozentual berechnet (darüber hinaus bleibt er dann gleich), der Pensionsbeitrag aber bis zu 4800 Schilling.

Die SPÖ erwies sich indes als unnachgiebig und so schien die erste Parlamentssitzung den ersten größeren Koalitionskrach zu bescheren. Da lenkte die ÖVP ein und wollte die notwendige Gesetzesvorlage, wie üblich, durch die im Amt befindliche Regierung dem Parlament beantragen lassen. Um die Zustimmung der einzelnen Minister einzuholen, wurde ein "Kettenbrief" von einem Bundesminister zum anderen abgeschickt. Doch wie es mit Kettenbriefen so geht - er kam nicht zurück. Ein Minister - wie sich später herausstellte, war es ÖVP-Finanzminister Dr. Josef Klaus - hatte seine Zustimmung verweigert. Die beabsichtigte Erhöhung des Pensionsversicherungsbeitrages hätte ihm etwa 500 Millionen Schilling jährlich Staatszuschuß erspart. Klaus gehört übrigens, wie Generalsekretär Dr. Hermann Withalm und der steirische Landeshauptmann Josef Krainer, zum monarchistisch angehauchten ÖVP-Reformerflügel.

Zwiespalt in der ÖVP-Führung

In der nebensächlich anmutenden 1-Prozent-Frage offenbarte sich somit ein Zwiespalt in der ÖVP-Führung. Die zur Zusammenarbeit mit den Sozialisten entschlossenen Kräfte in dieser Partei einigten sich schließlich auf einen gemeinsamen Initiativantrag zusammen mit SPÖ-Abgeordneten und so wurde das entsprechende Gesetz, auch ohne Regierung, beschlossen. Gleichzeitig wurde intern vereinbart, daß bis auf weiteres keine gegenseitigen Kampfabstimmungen oder ein Zusammengehen mit der SPÖ im Parlament erfolgen soll.

Das Bürgerblockkonzept der "Reformer" ist damit auf dem Boden der Volksvertretung, zumindest vorläufig, gescheitert. Export verlauteten die Reformer in ihrem Sprachrohr, den "Salzburger Nachrichten", es habe den Anschein, als ob aus den Regierungsverhandlungen nicht, wie beabsichtigt, die Koalition aufgelockert, sondern vielmehr die ÖVP aufgeweicht hervorgehen werde.